

P3-020

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: Jens Backert (KV Lichtenfels)

Titel: P3-020: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

Von Zeile 20 bis 21 löschen:

~~Immer mehr Aufgaben, unzählige Überstunden und eine Pensionswelle – das sind die Herausforderungen, vor der unsere Polizei steht.~~ Wir wollen die Polizei von

Begründung

Die Aufzählung der Herausforderungen ist kein Projekt und sollte deshalb entfallen.

P3-030

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: Jens Backert (KV Lichtenfels)

Titel: P3-030: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

Von Zeile 30 bis 33 löschen:

Notlagen helfen, Ziel von Angriffen werden. ~~Gewalt gegen Sanitäter*innen,
Feuerwehrlaute und Polizist*innen durch überwiegend männlich alkoholisierte Täter vor
allem in größeren Städten, an Wochenenden und zu Nachtzeiten, nimmt zu.~~ Wir wollen
die Alkohol- und Gewaltprävention ausbauen, ein Landeslagebild

Begründung

Es ist völlig egal von wem, wo und wann die Gewalt sich gegen Rettungskräfte
richtet. Gewalt ist grundsätzlich zu verurteilen.

Dem folgenden Satz ist meiner Meinung nach nichts hinzuzufügen:

Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Menschen, die anderen Menschen in
Notlagen helfen, Ziel von Angriffen werden.

P3-037

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern (beschlossen am:
09.04.2018)

Titel: **P3-037: Projekte zu Kapitel 3**

Beschreibung

In Zeile 37 einfügen:

Beratungsangeboten. Wir schützen die Einsatzkräfte!

Gegen Überwachungsstaat und Polizeiwillkür - Novellen des Polizeiaufgabengesetzes rückgängig machen

Die Einführung des Begriffes der "drohenden Gefahr" und der beliebig oft verlängerbaren Präventivhaft ins Polizeiaufgabengesetz werden wir ebenso wie die Neuerungen der PAG-Novelle vom Mai 2018 rückgängig machen. Wir stehen für Datensouveränität. Mit uns gibt es deswegen keine Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung. Auch die anlasslose Videoüberwachung von Demonstrationen lehnen wir ab. Eingriffe in Grundrechte, die mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz auch ohne vorherige richterliche Kontrolle möglich werden, bergen die Gefahr von willkürlichen Entscheidungen. Zudem ist das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei strikt zu wahren - für uns ist deswegen eine Ausstattung der Polizei mit Geheimdienstbefugnissen auf keinen Fall akzeptabel. Mit uns wird es keinen Überwachungsstaat geben!

Begründung

Mit der Novelle des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) im Juli 2017 wurde die

Grundlage für präventive polizeiliche Maßnahmen allein aufgrund der Gesinnung der Betroffenen geschaffen. Zudem können Menschen nun quasi unbegrenzt präventiv in Haft genommen werden. Darauf aufbauend wird zurzeit an einer weiteren Novelle des PAG gearbeitet, die am 25. Mai 2018 in Kraft treten soll. Damit möchte die CSU die Polizei mit Geheimdienstbefugnissen und weiteren Kompetenzen ausstatten: bspw. soll die Polizei Menschen ohne richterliche Vorkontrolle zur Abgabe von DNA-Proben zwingen können oder Handgranaten mit niedriger Einsatzschwelle einsetzen dürfen. Zudem soll bei Videoüberwachung automatische Gesichtserkennung eingeführt werden. Demonstrationen sollen anlasslos videoüberwacht werden dürfen - auch mit Drohnen. Damit würde das Demonstrationsrecht faktisch eingeschränkt. Solcherlei Befugnisse für die Polizei und Überwachungsmaßnahmen lehnen wir entschieden ab. Im Fall der Novelle vom Juli 2017 klagt die Landtagsfraktion auch dagegen. Wir möchten mit unserem Projekt klarstellen, dass wir nur Regierungsverantwortung übernehmen werden, wenn dieses Maßnahmenbündel rückgängig gemacht wird.

P3-037-2

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: KV München-Land (beschlossen am: 11.04.2018)

Titel: P3-037-2: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

In Zeile 37 einfügen:

Beratungsangeboten. Wir schützen die Einsatzkräfte!

**Gegen Überwachungsstaat und gegen die Einschränkung unserer Bürgerrechte -
Novellen des Polizeiaufgabengesetzes rückgängig machen**

Die Einführung des Begriffes der "drohenden Gefahr" und der beliebig oft verlängerbaren Präventivhaft ins Polizeiaufgabengesetz werden wir ebenso wie die umstrittenen Neuerungen der PAG-Novelle vom Mai 2018 rückgängig machen. Wir stehen für Datensouveränität. Mit uns gibt es deswegen keine Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung. Auch die anlasslose Videoüberwachung von Demonstrationen lehnen wir ab. Eingriffe in Grundrechte, die mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz auch ohne vorherige richterliche Kontrolle möglich werden, bergen die Gefahr von willkürlichen Entscheidungen. Zudem ist das Trennungsgebot zwischen Nachrichtendiensten und Polizei strikt zu wahren - für uns ist deswegen eine Ausstattung der Polizei mit Geheimdienstbefugnissen auf keinen Fall akzeptabel. Mit uns wird es keinen Überwachungsstaat geben!

Begründung

Der Kreisverband München-Land unterstützt ein Projekt, um die Novellierungen des

Polizeiaufgabengesetzes zurückzunehmen. Im Unterschied zum gleichen Projekt der Grünen Jugend wollen wir aber nicht von "Polizeiwillkür" sprechen und befürworten daher die vorliegende, geänderte Überschrift. Außerdem wollen wir mit dem Ausdruck die "umstrittenen" Neuerungen hervorheben, dass es um konkrete Inhalte der Novellen geht.

P3-057

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: Jens Backert (KV Lichtenfels)

Titel: P3-057: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

In Zeile 57 löschen:

sieht, nach ~~CSU~~-Parteipolitik ausgewählt worden zu sein.

Begründung

Es ist nicht notwendig hier die CSU aufzuführen.

Wir wollen ja generell, durch die 2/3 Mehrheit, eine überparteiliche Auswahl der Richter*innen.

P3-067-2

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern, Tim Pargent (KV Bayreuth-Stadt (beschlossen am: 10.04.2018))

Titel: P3-067-2: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

In Zeile 67:

Wahlalter ~~16~~14

In Zeile 69:

mitzutragen haben. Deswegen wollen wir das Wahlalter ~~16~~14

Begründung

"Bayern ist ein Volksstaat. Träger der Staatsgewalt ist das Volk." (Artikel 2, Satz 1 der Bayerischen Verfassung) Auch Jugendliche gehören zum Volk. Aus diesem einfachen und staatstheoretischen Grund ist es angebracht, allen Menschen, das Wahlrecht einzuräumen. Die Eignung dafür ist mindestens ab dem Alter von 14 Jahren gegeben. Denn nach Aussage von Entwicklungspsychologen beginnt bei Jugendlichen im Alter von etwa zwölf Jahren die Phase, in der sie zu differenziertem Denken und Urteilen in der Lage sind. Jugendliche sind auch bereits ab dem 14. Lebensjahr strafmündig, religionsmündig und beschränkt geschäftsfähig.

Die Interessen junger Menschen zu berücksichtigen ist wichtiges Ziel Grüner Politik.

Daher ist es notwendig und konsequent junge Menschen politisch mitentscheiden zu lassen. Wahlen sind ein zentrales Instrument politischer Teilhabe und es muss schrittweise für alle da sein.

Gerade in unserer alternden Gesellschaft ist es elementar die Stimme der jungen Menschen stärker einzubinden. Deshalb setzt sich auch der Bayerische Jugendring eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre ein. Wichtig ist dabei die gesellschaftliche und politische Bildung in unseren Schulen deutlich zu stärken, wie wir es an mehreren anderen Stellen in unserem Wahlprogramm fordern.

P3-088

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: Jens Backert (KV Lichtenfels)

Titel: P3-088: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

Von Zeile 88 bis 92:

~~Mindestens 55.000 Frauen in Bayern werden jährlich Opfer von sexualisierter Gewalt. Über 140.000 Frauen erleben häusliche Gewalt. Wer Hilfe sucht, steht oft vor verschlossener Tür: Die Ausstattung und Finanzierung der Frauenhäuser und Notrufe im Freistaat ist beschämend schlecht. Wir GRÜNEN setzen uns für den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Fachberatungsstellen ein.~~
Wir GRÜNEN setzen uns für den Ausbau von Frauenhäusern, Frauennotrufen und Fachberatungsstellen ein. Damit jeder der Hilfe sucht, auch welche bekommt.

Begründung

Die Darstellung des Ist-Zustandes ist kein Projekt.

Nach der Streichung beschreiben wir positiv unser Projekt.

P3-115

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: Jens Backert (KV Lichtenfels)

Titel: P3-115: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

Von Zeile 115 bis 119:

~~Eine aktuelle Studie des Deutschen Jugendinstituts belegt, dass 44% der befragten Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität bereits persönlich im Bildungs- oder Arbeitskontext diskriminiert wurden. Insbesondere Jugendliche im ländlichen Raum haben~~ Wir wollen flächendeckend niederschwellige Beratungsangebote im ländlichen Raum schaffen, die die LSBTIQ*-Jugendlichen in ihrer Entwicklung ernstnehmen, sie in ihrer Identitätssuche stärken und ihnen konkrete Unterstützung anbieten. Denn insbesondere Jugendliche im ländlichen Raum haben noch

Von Zeile 121 bis 123 löschen:

~~Wir wollen flächendeckend niederschwellige Beratungsangebote im ländlichen Raum schaffen, die die LSBTIQ*-Jugendlichen in ihrer Entwicklung ernstnehmen, sie in ihrer Identitätssuche stärken und ihnen konkrete Unterstützung anbieten.~~

Begründung

Die Darstellung des Ist-Zusandes ist kein Projekt

Deshalb die Löschung und Umformulierung

P3-125

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: Jens Backert (KV Lichtenfels)

Titel: P3-125: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

Von Zeile 125 bis 126 löschen:

~~Bayern ist seit über zweihundert Jahren ein hierarchisch strukturierter Zentralstaat. Was lange Zeit ein Vorteil war, ist heute oft hinderlich.~~ Statt

Begründung

Die Darstellung von Bayern als Zentralstaat ist hier schlicht nicht notwendig.

P3-127

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: KV Aschaffenburg-Land (beschlossen am: 10.04.2018)

Titel: P3-127: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

In Zeile 127:

von München aus zentral und ~~willkürlich~~bürgerfern

Begründung

"Willkürlich" halten wir an der Stelle für unpassend.

P3-149

Projekt

**Antrag an die außerordentliche Landesdelegiertenkonferenz am 5./6. Mai 2018
in Hirschaid**

Initiator*innen: Peter Heilrath (KV München-Stadt)

Titel: P3-149: Projekte zu Kapitel 3

Beschreibung

In Zeile 149 einfügen:

abschließen.

Um die Funktion von Kultur als Dialogstifter zu verstärken, wollen wir sowohl die Präsentation bayerischer Kultur aus allen Sparten im Ausland fördern, als auch internationalen Künstlern den Austausch in Bayern ermöglichen.

Begründung

mündlich